```
> An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal
> Geschäftsbereich Umwelt, Grünflächen und Geodaten
> Herr Rothgang, Frau Mölleken
> Große Flurstraße 10
> 42275 Wuppertal Mettmann, 26.02.2004
>
>
> Landschaftsplan Wuppertal-Nord
> Formulierung der Unberührtheitsklausel in den textlichen Festsetzungen
> Sehr geehrte Frau Mölleken, sehr geehrter Herr Rothgang,
> im Nachgang zur Sitzung des Landwirtschaftsbeirats am 12.02.2004
übersenden
> wir Ihnen den Formulierungsvorschlag zur Unberührtheitsklausel bezogen auf
> die Landwirtschaft:
> "Nicht verboten ist:
> die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung im bisherigen Umfang,
> sofern die Bewirtschaftung gemäß der guten fachlichen Praxis erfolgt."
> Damit besteht die Möglichkeit, Fruchtfolgewechsel und den Austausch
> einzelner Kulturen ohne bürokratischen Aufwand vorzunehmen. Damit bliebe
den
> Betrieben die in der Praxis und zur Weiterentwicklung erforderliche
> Flexibilität erhalten. Die Erstellung eines "Landwirtschaftskatasters"
> hingegen, wie in der Stellungnahme der Verwaltung zu den Anregungen und
> Bedenken der Kreisbauernschaft Mettmann geäußert, würde durch eine
> Zementierung und durch enormen Verwaltungsaufwand zu unverhältnismäßigen
> Ergebnissen führen, wäre überdies wohl nicht praktikabel. Die
> Beschlussvorlage ist daher zu ändern.
> (Der Erläuterungstext kann dann um den Passus mit der "guten, fachlichen
> Praxis" gekürzt werden - kann aber wegen der klarstellenden Bezugnahme auf
> 5 BNatSchNeuregG und § 17 BBodSchG aus meiner Sicht durchaus auch bestehen
> bleiben.)
> Zu begrüßen wäre es ferner, wenn auch hinsichtlich des Anbaus von
> Sonderkulturen in Naturschutzgebieten eine Ausnahmeregelung entsprechend
der
> Regelung zum landwirtschaftlichen Bauen aufgenommen werden könnte oder man
> insgesamt von dem Verbot absieht.
> Ich weise darauf hin, dass sich die Anforderungen an die
landwirtschaftliche
```

> Bewirtschaftung hinsichtlich des Umweltschutzes im Rahmen der Reform der

```
> gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP-Reform) noch verschärfen werden. Es
> tritt hinzu, dass sich die EU-Kontrollen im Rahmen der GAP-Refom der
> Einhaltung der Umweltstandards noch verschärfen werden, so dass eine
> Gefährdung der Umwelt durch die Landwirtschaft immer unwahrscheinlicher
> wird.
>
> Nach Rücksprache mit Kollegen aus der Gesellschaft für Agrar- und
> Umweltrecht besteht dort - wie auch bei uns - einhellig die Auffassung,
dass
> die Unberührtheit der bisherigen Bewirtschaftung auch für den/die
> Rechtsnachfolger gilt, somit objektbezogen ist und sich nicht auf den
> Rechtsinhaber zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des Landschaftsplans
> Die Erläuterungen sollten daher um folgenden, rein deklaratorisch zu
> verstehenden Satz ergänzt werden:
> "Die Bewirtschaftung im bisherigen Umfang bleibt auch für den / die
> Rechtsnachfolger von den Verboten unberührt."
> Mit der Übernahme dieser Formulierungen wäre den Landwirten sehr geholfen
> und ihnen zudem eine wichtige Befürchtung genommen. Im Gegenzug ist ein
> "Minus" für den Natur- und Landschaftsschutz durch die geringfügige
> Veränderung in der Praxis unseres Erachtens nicht zu befürchten.
> Für Rückfragen stehen ich gerne zur Verfügung. Sofern Sie noch
> Erörterungsbedarf sehen, bin ich heute entweder im Büro unter 02104 /
22181
> oder mobil unter 0170 / 3450579 zu erreichen.
> Mit freundlichen Grüßen
> Im Auftrag
> gez.
> Ass. iur. Stibbe
> Kreisverbandsdirektor
>
```